

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stich-Drucker)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 87.

Berlin, Sonnabend, 7. November 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Es beginnt zu tagen. — Die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten. — Vergleichende Streikstatistik. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen-Zeit.

Es beginnt zu tagen.

Als seiner Zeit Bismarck den bekannten Ausspruch tat: Partei und Gewerkschaften sind eins, da war es namentlich die sozialdemokratische Parteipresse, welche frohlockend den Satz für ihre Zwecke auszuschlachten sich bemühte. Allerdings sagte sie die Einheit zwischen beiden Richtungen so auf, daß die Gewerkschaften ein der Partei untergeordneter Teil, gewissermaßen also ihre Handlanger seien. Vorgänge mancher Art lassen sich als Belege dafür anführen. Auf der anderen Seite hat es von jeher gemäßigtere Gewerkschaftsführer gegeben, die sich gegen die Verquickung von parteipolitischen und gewerkschaftlichen Dingen entschieden verwahrt haben. Sie sind deshalb auch stets denen entgegengetreten, welche die Gewerkschaften als sozialdemokratische bezeichneten. Sie hatten offenbar den Wunsch, frei, d. h. neutral zu sein, haben aber mit dieser Anschauung nicht durchzubringen vermocht. Jedenfalls aber kann man annehmen, daß bei vielen von ihnen allmählich sich die Erkenntnis Geltung verschafft hat, daß die öde sozialistische Gleichmacherlei praktisch doch nicht durchführbar ist. Sie glauben nicht an den Zukunftsstaat, sondern bemühen sich, auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung möglichst viele Verbesserungen für die Arbeiter durchzusetzen. Man braucht nur an die Abstimmung über die Budgetfrage auf dem Nürnberger Parteitag zu denken, bei der fast alle Gewerkschaftsführer gegen den Parteivorstand stimmten, um einen durchschlagenden Beweis für diese Behauptungen zu haben.

Auch in der Gewerkschaftspresse kann man neuerdings mehrfach die Beobachtung machen, daß der Glaube an die sozialdemokratische Gleichheitslehre mehr und mehr im Schwanden begriffen ist. So fanden wir vor kurzem in einem Artikel der „Metallarbeiterzeitung“, der die gewerkschaftliche Disziplin und die persönliche Freiheit der Mitglieder behandelte, folgende recht bemerkenswerten Stellen:

„Wenn man Individuum und Gesellschaft mit einem einzigen Blick umfaßt und beiden gerecht zu werden strebt, so muß man sagen, daß Freiheit und Autorität nicht in einem Gegensatz gebracht werden dürfen, sondern zu einem harmonischen Ganzen verbunden werden müssen, weil beide zum Gedeihen des Menschen und seiner Gattung notwendig sind.“

Die persönliche Freiheit des Einzelmenschen bildet die Quelle des geistigen und sittlichen Fortschritts; daher ist es notwendig, dem Menschen die Möglichkeit zu sichern, sich in der Fülle seiner Eigenart zu entfalten und alle in ihm schlummernden Fähigkeiten und Anlagen frei zu entwickeln; nur die Freiheit unterhält die Mannigfaltigkeit der Ideen und die Bildung von Charakteren, ohne die die Welt zu einer Schablone würde...“

Aber, so heißt es dann weiter, von der Freiheit allein kann der Mensch nicht leben, er ist auch ein materielles Wesen, er braucht Kleidung, Nahrung, Wohnung usw., und dabei kommt wieder die Autorität zur Geltung, die für die geistliche Entwicklung der Gütererzeugung und Güterverteilung zu sorgen hat, und da heißt es:

„Weil das soziale Leben, wie es nun einmal ist, in einem unauflösbaren Zwie-

spalt von Begierden und Interessen, in einem beständigen Gegensatz von Klassen und Individuen besteht, schöpft die Autorität ihre Berechtigung aus der Verpflichtung, den Streit der Meinungen und Interessen zu schlichten, die Gegensätze zu versöhnen, Recht und Freiheit des Schwachen vor der Willkür des Starken zu schützen, den Mißbrauch von Privilegien zu verhindern und der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.“

Diese Sätze in dem Organ einer sozialdemokratischen Gewerkschaft muten seltsam an. In einem Zukunftsstaate, in dem die allgemeine Gleichheit herrschen soll, ist es dem Individuum nicht möglich, die Fülle seiner Eigenart zu entfalten und die in ihm schlummernden Fähigkeiten und Anlagen frei zu entwickeln“. Interessant ist auch das Zugeständnis, daß das soziale Leben in einem unaufhörlichen Zwiespalt von Begierden und Interessen besteht, in einem beständigen Gegensatz von Klassen und Individuen usw. Wir stimmen darin ausnahmsweise einmal der „Metallarbeiterzeitung“ vollständig bei, erblicken aber zugleich darin die glänzendste Wiederlegung der Idee vom sozialistischen Zukunftsstaate.

Aber die „Metallarbeiterzeitung“ steht mit diesen Äußerungen nicht allein da. Ähnliche Anschauungen werden auch in der „Bildhauer-Zeitung“, dem Organ des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Bildhauer, vertreten. Da finden wir in einem Aufsatz folgende Stelle:

„Kein Baum gleicht dem anderen, ja sogar jedes Blatt ist ein Individuum, das sich von dem anderen Blatte wesentlich unterscheidet. So ist es auch mit der sozialen Gruppe. Auf den ersten Blick erscheint sie als ein Organismus, als eine unerschöpfliche Einheit, als eine gleichartige Masse. Bei näherer Betrachtung aber sehen wir, wie sie in Millionen von Einzelwesen zerfällt, wie sie aus unendlich vielen Individuen zusammengesetzt ist, von denen jedes eine Persönlichkeit ist und ein eigenes Leben lebt. Jeder Mensch ist ein Mikrokosmos, eine Welt im Kleinen; jedes Individuum birgt eine Welt von Gefühlen, Anschauungen und Willensrichtungen in sich, die es wie ein heiligtm in seinem Innern hegt und gegen die Umwelt abschließt. Jeder Mensch ist eine Persönlichkeit, die sich aus der Masse heraushebt, eine Individualität, die immer wieder aus den Klüften emporsteigt, so sehr auch das soziale Milieu die Unterdrückung versucht. Die Menschheit bedarf der Individualitäten, der Unterschiedenheit, der Ungleichheiten, um sich vorwärts und aufwärts entwickeln zu können.“

Weiter wird dann der Wert der Persönlichkeit in den höchsten Tönen gefeiert und als eine Aufgabe des Sozialismus es hingestellt, die Individualität zu schonen und vor der Persönlichkeit Ehrfurcht zu haben. Und dann heißt es:

„Wir gebrauchen Menschen, die nicht in der Masse aufgehen, sondern um Hauptrolle hervorzurufen über den Durchschnitt, die ihrer Zeit vorausseilen und der Zukunft eine Gasse öffnen. Diese Führer und Vorläufer, die neue Werte prägen und die Volksseele mit neuen Ideen erfüllen, sind die Sternhüter der Zukunft, die Propheten einer neuen Zeit, sie finden Pforten der Sehnsucht zum anderen Ufer, wo das ersehnte Neuland im Scheine des dämmenden Morgens vor unsren Blicken sich ausbreitet.“

Das sind doch überaus bemerkenswerte Rundgebungen, die darauf hindeuten, daß das Licht der Erkenntnis auch auf jener Seite durchzubrechen anfängt. Wir verhehlen uns nicht, daß in anderen Gewerkschaften das sozialistische Dogma sorgfältiger gewahrt wird. Wir erinnern nur an die „Holzarbeiter-Zeitung“, die erst noch vor kurzem schrieb, man solle doch endlich aufhören von „freien“ Gewerkschaften zu sprechen und lieber das Kind mit

dem richtigen Namen, als sozialistische Gewerkschaft bezeichnen. Das tut aber nichts. Die Tatsache, daß führende Gewerkschaftsorgane sich offen gegen die sozialistische Gleichmacherlei ausgesprochen haben, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß man versuchen wird, diese Lichtstrahlen wieder und wieder zu verdunkeln. Auf die Dauer aber wird das nicht gelingen, und wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Erkenntnis von der Undurchführbarkeit der sozialistischen Ideen mehr und mehr in den Kreisen der denkenden Arbeiterschaft Eingang findet.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten.

Der Raumanns „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ liest, findet darin den Satz: „Die großen entscheidenden Industrien sind fast frauenlos. Um nur die größten zu nennen: Das Bausach in allen seinen Teilen, der Bergbau, die Metallindustrie, die chemische Industrie, der Eisenbahnbetrieb, die Holzverarbeitung“. Es war einmal! so möchte man sagen. Heute hat sich auch hier das Bild geändert. Daß Frauen und Mädchen in langen Arbeitsmitteln an Holzbearbeitungsmaschinen stehen und wie Männer arbeiten, ist nichts Neues mehr. Daß aber auch das Bausach in allen seinen Teilen nicht mehr frei ist von Frauenarbeit, ersieht man daraus, daß allein in Bayern im Jahre 1907 nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten über 1200 Arbeiterinnen im Baugewerbe beschäftigt waren, und zwar belief sich die Zahl derselben in Oberbayern auf 429, in Niederbayern auf 134, in der Oberpfalz auf 119, in Oberfranken auf 85, in Mittelfranken auf 304, in Unterfranken auf 108, in Schwaben auf 35 und in der Rheinpfalz auf 3. Abgesehen von Reinigungsarbeiten wurden diese Frauen hauptsächlich mit dem Tragen von Mörtel und Steinen beschäftigt. Besonders in Nürnberg und Fürth sieht man dieses sehr oft.

Wegen der gesundheitlichen und sittlichen Nachteile dieser Frauenarbeit richteten mehrere Frauenvereine im Jahre 1907 eine Petition an die Kammer der bayerischen Abgeordneten. Diese überwieß dieselbe zur Würdigung an die bayerische Staatsregierung, für die der Staatsminister des Königl. Hauses und des Äußern am 10. April d. Js. eine sorgsame Prüfung der Petition zulagte.

Kunmehr hat die bayerische Regierung der III. Abt. der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel, die am 11. November eine Sitzung abhält, folgenden Entwurf einer oberpolizeilichen Vorschrift unterbreitet.

Auf Grund des § 120a Abs. 2 der Gewerbeordnung ergehen nachstehende Bestimmungen, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten:

§ 1.
Die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten unterliegt folgenden Beschränkungen:

1. Arbeiterinnen dürfen mit dem Tragen von Lasten, insbesondere von Mörtel, Stuck, Steinen, Zement usw. nicht beschäftigt werden.
2. Arbeiterinnen dürfen auf Baugerüsten überhaupt nicht beschäftigt werden.

§ 2.
Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. März 1909 in Kraft.

Dem Entwurf ist eine Denkschrift beigegeben, worin die Ergebnisse der Umfrage bei den Gewerbeinspektionen sowie ein Auszug aus dem Gutachten des Kgl. Obermedizinalrates Geh. Rat Dr. v. Grasshey enthalten sind. In dem Gutachten heißt es:

„Personen weiblichen Geschlechts verfügen im allgemeinen über geringere Muskelkräfte als Männer und kommen daher bei Leistung schwerer Arbeiten in die Gefahr der Ueberanstrengung; ihr Verdienst durch solche

Arbeiten ist verhältnismäßig gering, reicht zu einer entsprechenden Ernährung oft nicht aus und bedingt die Gefahr der Unterernährung. Außerdem sind die Arbeiterinnen bei jedwemmaliger Wiederkehr während der Dauer der Menstruation gegen äußere Schädlichkeiten empfindlicher und zur Erkrankung durch Erkältung, Erdringung, raschen Temperaturwechsel etc. in höherem Grade geneigt. Während der Schwangerschaft, längere Zeit nach dem Wodentritt und während der Laktation sind Frauen zu schweren Arbeiten ungeeignet und können sich solcher ohne schwere Schädigung ihrer Gesundheit nicht unterziehen; die Laktation wird durch Übernahme schwerer Arbeiten unterbrochen zum Schaden der Mutter und des Kindes.

Das Vorgehen der bayerischen Regierung ist mit Freuden zu begrüßen, angesichts dieser schweren gesundheitsschädlichen Arbeiten und sittlichen Nachteile. Gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit will die Ziffer 1 des § 1 die Arbeiterinnen schützen, während die Ziffer 2 die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes bezweckt.

Vergleichende Streikstatistik.

III.*)

Zum Schluß ist eine höchst lehrreiche Tabelle angeführt, die über den Streiterfolg in vier Hauptgruppen des Gewerbes Auskunft gibt. Sie bezieht sich auf Deutschland, wofür leider die Zahlen der Streikenden fehlen, auf Oesterreich, Frankreich, Belgien und Großbritannien.

Im Bergbau, wozu Steinbrüche, und die Industrien der Steine, Erden, Ton und Glas hinzugerechnet werden, behauptet in den Jahren 1902 bis 1906 (für Belgien 1901—1905) Deutschland mit insgesamt 796 Streiks weitaus den höchsten Platz. Der Gesamtdurchschnitt ist jedoch ein recht ungünstiger für die Arbeiter. Nur 19,1 pCt. aller Streiks in diesen Branchen waren erfolgreich, dagegen 42,1 pCt. erfolglos und 38,8 pCt. erzielten teilweisen Erfolg. Für Oesterreich sind in dieser Beziehung 514 Ausstände angegeben, von denen nur 15,6 pCt. günstig für die Arbeiter verliefen, dagegen 41,2 pCt. unglücklich, 43,3 pCt. hatten teilweisen Erfolg. Ueber die Hälfte aller Streikenden waren aber wenigstens an den Ausständen mit teilweisem Erfolge beteiligt, 40,2 pCt. an den ganz resultatlosen und nur 8,9 pCt. an den erfolgreichen. Bei den bezüglichen Ziffern für Frankreich läßt sich sagen, daß hier die mit teilweisem Erfolge bedeutend überwogen! Von den insgesamt 350 Ausständen hatten 46,0 pCt. dieser und sogar 87,5 pCt. der beteiligten Arbeiter diesen Ausgang, gegen nur 16,6 pCt. der Ausstände und gar nur 2,4 der streikenden Arbeiter mit vollem Erfolg, 37,4 pCt. der Fälle und 8,2 pCt. der Streikenden ohne jeden Erfolg. Hier ist die Gesamtzahl der Ausständigen die höchste für diese Gewerbszweige und beläuft sich auf 264 623. Belgien hat wie im ganzen auch hier die unglücklichsten Verhältnisse für die Arbeiter in bezug auf seine 149 Ausstände, die 107 451 Arbeiter betrafen. 12,1 pCt. mit nur 5,5 pCt. der beteiligten Arbeiter verliefen für diese günstig, aber 67,5 pCt. mit sogar 91,9 pCt. unglücklich, so daß man hier von einem fast völligen Scheitern der Ausstände sprechen darf. Am besten war der Verlauf für die Arbeiter in Großbritannien, wo in 608 Ausständen 259 768 Arbeiter streikten; 24,2 pCt. der Fälle und sogar 48,2 pCt. der Arbeiter hatten Sieg zu verzeichnen, 37,2 pCt. bezw. 23,3 pCt. Niederlage, der Rest teilweisen Erfolg.

Nicht sehr abweichend von diesen Ergebnissen sind die der Ausstände in der Metallindustrie, wozu Maschinenbau, Instrumentenbranche, etc. gehört. Auch hier war mit insgesamt 1 433 Ausständen Deutschland an der Spitze. Nur war das Ergebnis für die Arbeiter hier noch ungünstiger, da im gleichen Zeitraum den durchschnittlich 17,2 pCt. Fällen mit vollem Erfolge 45,1 pCt. solcher ohne jeden Erfolg gegenüberstanden. Besser lag es damit in Oesterreich, wo bei 397 Ausständen mit 45 086 Arbeitern doch immerhin 21,2 pCt. mit günstigem Ausgang und sogar mit 13,8 pCt. der beteiligten Arbeiter gemuffert werden konnten. Erfolglos waren 28,2 pCt. bezw. nur 15,8 pCt., so daß hier weitaus das Schwergewicht auf den Ausgang mit teilweisem Erfolge entfällt. Viel weniger günstig stand es in diesen Branchen in den anderen Ländern. Frankreich hatte sehr viele Streiks (815) in dieser Gewerbsgruppe und die größte angegebene Zahl der Ausständigen, nämlich 155 851. Aber nur 16,6 pCt. der Streiks und gar nur 7,7 pCt. der Streikenden erzielten vollen Erfolg, dagegen 42,9 bezw. 40,3 pCt. gar keinen. Mehr als die Hälfte aller ausständigen Arbeiter dieser Branchen mußten sich mit einem teilweisen Erfolge begnügen. In Belgien stand es damit noch ungünstiger, obwohl die Zahl der Ausstände und der teilnehmenden Arbeiter selbst nur sehr geringfügig war. 16,7 pCt. der Streiks und 32,2 pCt. der Streikenden waren erfolgreich, umgekehrt 68,5 bezw. 56,5 pCt. erfolglos. Auch in Großbritannien überwiegen hier die Fälle mit unglücklichem Ausgang für die Arbeiter, die 47,9 pCt. und sogar 61,2 der Streikenden umfaßten. Freilich

wurde hier die Höchstziffer der vollen Erfolge mit 28,8 und 14,3 pCt. der Beteiligten erreicht. Im ganzen war aber für diese Branchen infolge der starken Organisation der Arbeiter gerade hier kaum ein größerer Erfolg durch Ausstände erforderlich, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

In der Textilindustrie waren in Deutschland nur 432 Ausstände zu verzeichnen. Diese verliefen in 17,8 pCt. erfolgreich, in 42,8 pCt. aber erfolglos für die Arbeiter, in 39,4 pCt. mit teilweisem Erfolg. Wiederum stand es damit in Oesterreich weitaus besser. Es gab hier nur 299 Ausstände in diesem Gewerbe, und zwar weitaus die höchste Zahl im Jahre 1906, die den Streikenden zumeist teilweisen Erfolg brachten. Aber der Anteil der ganz erfolglosen Streiks betrug doch nur 30,1 pCt. und nur 21,7 pCt. der ausständigen Arbeiter. Freilich der Anteil der siegreich verlaufenden auch nur 15,7 bezw. mit 9,2 pCt. Hier ist eben das Überwiegen des teilweisen Erfolges offensichtlich. Anders in Frankreich mit der Höchstziffer von 951 Ausständen und 270 642 Ausständigen. Hier hatten 39,2 pCt. der Streiks und 71,5 pCt. der Streikenden in der Textilindustrie teilweisen Erfolge, aber immerhin auch 22,4 bezw. 8,8 pCt. vollen Erfolg, dagegen 38,4 bezw. 19,7 pCt. gar keinen. Das ist ein weitaus günstigeres Ergebnis als das der anderen Ausstände in Frankreich. Es braucht nach dem Vorhergegangenen kaum gelagt zu werden, daß Belgien schlechte Resultate für die Textilarbeiter ergab. 62,7 pCt. waren erfolglos; diese betrafen allerdings nur 43,5 pCt. der beteiligten Arbeiter. Erfolgreich waren nur 20,3 bezw. 17,6 pCt. Die Zahl der Ausstände und der Ausständigen war eine sehr geringe. Auch in Großbritannien war sie mit 380 Streiks und 99 883 Teilnehmenden nicht eben hoch. Die Hälfte aller Streiks mit einem Drittel der daran teilnehmenden Arbeiter schlugen aber dennoch ganz fehl; dagegen hatte ein Fünftel mit 16,3 pCt. der Arbeiter vollen Erfolg. Sehr günstig ist dieser Ausgang nicht, angesichts der starken Arbeiterorganisationen dieses Gewerbszweiges in England.

Endlich das Baugewerbe! Es ist nicht weiter verwunderlich, daß dieses von Alters her etwas unruhige Gewerbe, das noch dazu in so viel kleine und mittlere Betriebe gesplittert ist, eine so ungemein große Zahl von Ausständen aufweist. Auch hier hat Deutschland die meisten, nämlich nicht weniger als 3673 in diesen fünf Jahren. Davon hatten im Durchschnitt 23,9 pCt. vollen, 36,3 pCt. teilweisen und 39,8 pCt. gar keinen Erfolg. Inwiefern ist hier zu konstatieren, daß im Laufe der Berichtsjahre die Zahl der Streiks mit günstigem Ausgang wenn auch wenig und unter Schwankungen anwuchs, die der ungünstig verlaufenden Ausstände zurückging und vor allem die Ziffer mit teilweisem Erfolge beträchtlich zunahm.

Im ganzen steht das Baugewerbe in Deutschland besser als die anderen betrachteten großen Gruppen und die Gesamtzeit der Streiks. Oesterreich, das 511 Streiks im Baugewerbe mit 86 508 Arbeitern aufwies, stand bezüglich der Resultate für die Arbeiter noch günstiger da. 25,4 pCt. der Streiks mit 13,7 pCt. Arbeitern waren erfolgreich, 32,7 pCt. mit 18,3 pCt. gingen verloren, dagegen hatten 41,9 bezw. 68,2 pCt. teilweisen Erfolg. Das ist günstiger als bezüglich der meisten anderen Branchen der österreichischen Industrie. Frankreich hatte auch hier wiederum abweichende Resultate. 606 Ausstände und nicht weniger als 149 892 Beteiligte wurden hier gezählt. 21,9 bezw. mit 10,4 pCt. Arbeitern fielen günstig aus, 34,8 bezw. 42,3 pCt. unglücklich. Im ganzen überwiegen hier doch die verlorenen Streiks, wenngleich die mit teilweisem Erfolge die größte Zahl besitzen. Die wenigen Zahlen für Belgien lohnt es sich kaum anzuführen, zumal sie lächerhaft sind. Hier scheint nur minimaler Erfolg für die Ausständigen zu verzeichnen zu sein. Dem ist auch in Großbritannien so, wo nur 170 Ausstände in der Baubranche mit 22 004 Streikenden gemuffert wurden. Das Endresultat muß im Gegensatz zu dem anderer Gewerbsgruppen dort mit 40,0 pCt. der Fälle und 45,8 pCt. der Beteiligten ohne jeden Erfolg als recht ungünstig bezeichnet werden, dem nur 34,7 bezw. 23,1 pCt. mit vollem Erfolge gegenüberstanden. Ein Viertel der Streiks und nicht ganz ein Drittel der Streikenden im Baugewerbe erzielten teilweisen Erfolg.

Aus dieser Fülle von Zahlen ein Gesamtergebnis zu ziehen, ist wohl kaum angängig. Allein das läßt sich mit voller Gewißheit sagen, daß die Staaten mit rasch wachsender Ziffer von Arbeiterorganisationen keineswegs steigende Streikziffern aufweisen. Im Gegenteil! Mit diesen wächst der Wunsch nach Verständigung, die Tarifgemeinschaften, die Tarifverträge. Zugleich belegen die Ziffern, daß mit den vielen Streiks noch nichts für bessere Arbeitsbedingungen getan ist, da diese schwer gewonnen und noch schwerer behauptet werden. Das soziale Friedenswerk aber stetig auszubauen und nur in Notfällen zum Streik zu greifen, für den aber die Organisation stets gerüstet dastehet, ist die bewährte Taktik der Deutschen Gewerkschaften, die sie auch zum Siege führen wird. Dr. H. Gräfen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 6. November 1908.

Eine Bestellkarte für das Verbandsorgan „Der Gewerksverein“ wird sämtlichen Ortsvereinen in dieser Woche mit ihrem Vereinsorgan zugestellt. Auf derselben sollen diejenigen Namen aufgeführt werden, an welche der „Gewerksverein“ vom 1. Januar 1909 ab überwiesen werden soll. Da die Ortsvereinsauswahlwahlen um diese Zeit stattfinden, läßt es sich sehr wohl durchführen, daß wie auf der Vorderseite der Karte vermerkt ist — die Adressen der Organempfänger bis zum

25. November

an die vorgedruckte Adresse abgesandt werden. Im Interesse einer geregelten und pünktlichen Zustellung ersuchen wir die Ortsvereinsvorstände, die Bestellkarte nicht erst lange Zeit lagern zu lassen, sondern sie möglichst sofort einzuliefern.

Es ist Pflicht jedes Ortsvereinsführers, dafür zu sorgen, daß das Verbandsorgan rechtzeitig in die Hände der Mitglieder gelangt. Das kann aber nur geschehen, wenn die Adressen der Empfänger umgehend an das Verbandsbureau gemeldet werden.

Was können die Gewerksvereine in Gemeinschaft mit Staat und Gemeinde, Schule und Haus für die zeitgemäße Ausbildung und Entwicklung der schulentlassenen Jugend tun? Ueber diese Frage wird am Mittwoch, den 11. November, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Verbandshauses Herr Refektor Nagel einen Vortrag halten. Das Thema ist für alle Eltern von höchem Interesse, weshalb um recht zahlreichen Erscheinen gebeten wird. Außerdem ist es dringend zu wünschen, daß auch die Söhne im Alter von 14—18 Jahren in diese Versammlung gebracht werden.

Die neuen Reichssteuern. Endlich hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Schleier etwas gelüftet, der bisher über die im Reichsschatzamt ausgearbeiteten Steuerentwürfe geblieben war. Aus ihren Veröffentlichungen ist zu ersehen, daß man sich der erhöhten Branntweinsteuer 100 Millionen Mark Mehreinnahmen zu erzielen hofft; aus dem Tabak will man 77 Millionen Mark, aus dem Bier 100 Millionen Mark, aus dem Wein 20 Millionen Mark, aus Erbschaften 92 Millionen Mark, aus Elektrizität und Gas 50 Millionen Mark und aus Anzeigen 33 Millionen Mark pro Jahr heraus schlagen. Das sind im ganzen 472 Millionen Mark. Da nach den Berechnungen des Reichsschatzsekretärs Sydow 500 Millionen Mark gebraucht werden, soll die Differenz durch Erhöhung der Matrifularbeiträge gewonnen werden.

Die schlimmsten Befürchtungen der Arbeiterschaft also sind eingetroffen. Als direkte Steuer kann man nur die Erbschaftsteuer bezeichnen, durch die etwa der fünfte Teil der geforderten Steuersumme aufgebracht wird. Wieder soll die große Masse des Volkes durch indirekte Steuern getroffen werden. Man darf gespannt sein, wie die Parteien des Reichstages, die sich als volksfreundlich bezeichnen, zu dieser Art der Steuerreform sich stellen werden.

Arbeiterbewegung. Der Konflikt auf den Excelsior-Fahrradwerken in Brandenburg a. H. kann als beendet gelten. Die Firma hatte versucht, durch Einstellung von Gelben sich der organisierten Arbeiter zu entledigen und dadurch eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke hatte sie den alten Tarif gekündigt und einen neuen ausgearbeitet, der eine wesentliche Herabsetzung der Altkontrahate enthielt. Die darüber entstandenen Differenzen sind nunmehr beigelegt worden dadurch, daß die Firma auf die allgemeine Herabsetzung der Altkontrahate verzichtet. — Die wegen der Differenzen bei der Firma Goerres in Aachen angebrochene Massenauflösung des Arbeitgeberverbandes der Metallindustriellen Süddeutschlands scheint vermieden werden zu können, da die inzwischen geflogenen Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts bei der genannten Firma führten.

Auf den böhmischen Kohlengruben in der Umgebung von Brüx ist ein umfangreicher Streik der Kohlengräber entstanden. — Auf den Werften der österreichisch-amerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Trieste sind wegen Verweigerung einer kürzeren

*) Schluß zu Nr. 84 und 85.

